

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
29. Juni 2011

- 3 Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0826
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4 Abschluss Wegenutzungsvertrag für die Gasversorgung in den
Vertragsgebieten Eiche, Golm, Grube und Satzkorn
Vorlage: 11/SVV/0278
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 5 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe
Vorlage: 10/SVV/1054
Fraktion DIE LINKE

- 6 Beirat für Bauvorhaben Goetheschule, Einstein- und Humboldtgymsnasium
Vorlage: 11/SVV/0117
Fraktion FDP

- 7 Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule
Vorlage: 11/SVV/0483
Fraktion CDU/ANW

- 8 Rotation in korruptionsgefährdeten Verwaltungsbereichen
Vorlage: 11/SVV/0333
Fraktion Die Andere
neue Fassung vom 03.05.2011

- 9 Korruptionsbekämpfung
Vorlage: 09/SVV/0603
Fraktion FDP/ (Familien-Partei)

- 10 Kreditaufnahme der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Haushaltssatzung 2010
Vorlage: 11/SVV/0557
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

- 11 EWP

- 11.1 Tiefenprüfung EWP
Vorlage: 11/SVV/0454
Fraktion CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen

- 11.2 Vorgänge EWP
Vorlage: 11/SVV/0437
Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP
- 11.3 Umstände der Aufhebungsvereinbarung
Vorlage: 11/SVV/0490
Fraktion FDP
- 11.4 Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung an der Auswahl der Geschäftsführer in städtischen Beteiligungen
Vorlage: 11/SVV/0491
Fraktion FDP
- 11.5 Begrenzung von Geschäftsführergehältern in städtischen Betrieben
Vorlage: 11/SVV/0387
Fraktion Die Andere
- 11.6 Erweiterung Aufsichtsräte
Vorlage: 11/SVV/0474
Fraktion Die Andere
- 11.7 Änderung des Gesellschaftervertrages der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 11/SVV/0436
Fraktion FDP
- 11.8 Bestellung von Mitgliedern des Aufsichtsrates der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 11/SVV/0341
Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen
- 11.9 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der EWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 11/SVV/0501
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 11.10 Einführung des Partizipativen Sponsorings in städtischen Unternehmen
Vorlage: 11/SVV/0472
Fraktion Die Andere
- 11.11 Mitgliedschaft städtischer Betriebe bei Transparency International
Vorlage: 11/SVV/0473
Fraktion Die Andere
- 11.12 Sponsorenleistungen durch die EWP
Vorlage: 11/SVV/0484
Fraktion BürgerBündnis
neue Fassung vom 27.06.2011
- 11.13 Bürgerbeteiligung an der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)
Vorlage: 11/SVV/0492
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 11.14 Veröffentlichung der Kosten des Stadtwerkefestes
Vorlage: 11/SVV/0493
Fraktion FDP
- 11.15 Sportförderkonzept
Vorlage: 11/SVV/0503
Fraktion FDP
- 12 Brauhausberg
- 12.1 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0388
Fraktion DIE LINKE
- 12.2 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges
Vorlage: 11/SVV/0423
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 12.3 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0434
Fraktion FDP
- 13 Anpassung Gesamtbudget Fraktionsfinanzierung
Vorlage: 11/SVV/0438
Fraktionen FDP, CDU/ANW, DIE LINKE
- 14 Mitteilungen der Verwaltung
- 14.1 Zwischenbericht zum Thema 'Bürgerbeteiligungen'
- 14.2 Sponsoringbericht der Landeshauptstadt Potsdam 2010
Vorlage: 11/SVV/0414
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 14.3 Bericht über das Ergebnis der Prüfung bezüglich des beabsichtigten Verkaufs von städtischen Wohnungen in der Waldstadt
Vorlage: 11/SVV/0469
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 14.4 Information über die Umsetzung des Beschlusses 'Belag Sportplatz Westkurve' gemäß Beschluss: 11/SVV/0444
- 14.5 Jahresbericht SIKO
- 14.6 Information zum Sachstand Archiv e. V.

Protokoll:**Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29. Juni 2011

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung informiert der Oberbürgermeister, dass auch die Themen „Übertragung Teehaus an die russisch-orthodoxe Gemeinde, Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde, Information zum ‚Haus der Wissenschaft‘, Gerechte Bezahlung im Klinikum ‚Ernst von Bergmann‘ in die Tagesordnung mit hätten aufgenommen werden müssen, da diese aber jetzt schon sehr gefüllt sei und die Verwaltung nicht zu allen Anträgen abschließend Stellung nehmen könne, werden die genannten Punkte auf die nächste Sitzung verschoben.

Zur Feststellung der vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

- Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 12 „Brauhausberg“, da die Fragen des weiteren planerischen Umgangs mit der Fläche am Brauhausberg in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage stehe, ob und wo ein Sport- und Freizeitbad neu gebaut werden soll. Dazu werden die getroffenen Entscheidungsparameter neu zu bewerten sein. Er empfiehlt, die Drucksachen 11/SVV/0388, 11/SVV/0423 und 11/SVV/0434 bis dahin zurückzustellen.

Auf Nachfrage von Frau Engel-Fürstberger, ob bei Gelegenheit der aktuelle Stand des B-Plans Brauhausberg im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vorgestellt werden könne, sagt Herr Klipp eine Berichterstattung zu, die auch im Hauptausschuss möglich sei. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass ihm daran gelegen sei, eine inhaltliche Verständigung zu diesem Thema vorzunehmen, ohne zu einer abschließenden Empfehlung zu kommen. Ihn beunruhige die tägliche Berichterstattung, wie mit der Bürgerinitiative Brauhausberg umgegangen werde. Diesen Ausführungen zum Umgang mit der Bürgerinitiative, so Herr Schubert, pflichte er bei und vielleicht sei auch eine Information zur denkmalrechtlichen Bewertung möglich, denn ihn interessiere schon die Stellungnahme der Verwaltung dazu. Der Oberbürgermeister sagt zu, diesen Punkt unter „Mitteilungen der Verwaltung“ erneut aufzurufen.

Frau Heigl bittet, den Antrag „Gerechte Bezahlung im Klinikum ‚Ernst von Bergmann‘ in die Tagesordnung der nächsten Hauptausschusssitzung

aufzunehmen, da die Erklärung, man könne dies wegen laufender Tarifverhandlungen nicht behandeln, nicht den Tatsachen entspreche. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass dies in die Tagesordnung der Sitzung vom 21.09.2011 aufgenommen werden soll und die Vorabgespräche bezüglich der Teilnahme von Ver.di und Marburger Bund bereits laufen.

- Den Tagesordnungspunkt 5 - 10/SVV/1054 - Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe möchte die antragstellende Fraktion DIE LINKE zurückstellen.
- Zu den Tagesordnungspunkten 6, DS 11/SVV/0117, Beirat für Bauvorhaben Goetheschule, Einstein- und Humboldtgymnasium, sowie 7 – DS 11/SVV/0483, Beirat für die Begleitung Bauvorhaben Stadteilschule, besteht noch Beratungsbedarf im Ausschuss für Bildung und Sport, so dass auch hier eine Zurückstellung empfohlen wird. Auf Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg wird Herr Richter unter „Mitteilungen der Verwaltung“ darüber berichten, wie der diesbezügliche Planungsstand mit den Beteiligten besprochen werden solle.
- Der Tagesordnungspunkt 11.10 soll auf Antrag der Fraktion Die Andere zurückgestellt werden, da sie hierfür ein Rederecht für Herrn Herzberg beantragen wolle, der das Konzept maßgeblich entwickelt hat, zur heutigen Sitzung jedoch nicht anwesend sein kann.
- Zum Tagesordnungspunkt 14.5 – Jahresbericht SIKO, fehlt die dazu vorbereitete Mitteilungsvorlage, so dass auch dieser Bericht zurückgestellt werden soll.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 53. Sitzung des Hauptausschusses vom 29. Juni 2011 gibt es keine Änderungen oder Hinweise. Die Niederschrift wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 10/SVV/0826

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zusammen zu behandeln und verweist auf die am 23. Juni 2011 dazu stattgefundenen Informationsveranstaltung. Im Ergebnis dieser habe es protokollarisch festgelegte Änderungen gegeben, so z. B. zur Ergänzung des Vertragstextes um einen neuen § 2a – Baumschutz, der auch in den Gaskonzessionsverträgen eingefügt werden soll.

Da es keinen weiteren Redebedarf dazu, gibt stellt der Oberbürgermeister den Antrag, einschließlich der im Protokoll der Informationsveranstaltung festgehaltenen Änderungen/Ergänzungen zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor Verlängerung oder Neuvergabe der jeweils auslaufenden Konzessionsverträge für die Stromversorgung der Landeshauptstadt Potsdam beiliegenden und mit Rechtsgutachten gesicherten Musterkonzessionsvertrag zu prüfen. Die Prüfung soll auch Handlungsoptionen einer Netzübernahme durch die EWP sowie eine Kooperation der EWP mit anderen Netzbetreibern umfassen.

Die EWP erstattet der Stadt jährlich zusammen mit der Jahresendabrechnung über die Konzessionsabgaben Bericht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 2

Da es nach der Abstimmung Zweifel darüber gibt, ob die Ergänzungen bezüglich des Baumschutzes diesem Antrag zuzuordnen sind und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht im Widerspruch zur DS 11/SVV/0278 steht, bittet der Oberbürgermeister, diese Unklarheiten durch die Verwaltung gemeinsam mit der Antragstellerin zu klären.

**zu 4 Abschluss Wegenutzungsvertrag für die Gasversorgung in den Vertragsgebieten Eiche, Golm, Grube und Satzkorn
Vorlage: 11/SVV/0278**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
auch Ortsbeiräte Eiche, Golm, Grube und Satzkorn

Siehe Punkt 3

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Wegenutzungsvertrag für die Gasversorgung in den Vertragsgebieten Eiche, Golm, Grube und Satzkorn mit der Energie und Wasser Potsdam GmbH

sowie folgender Änderung im Vertragstext:

Der Vertragstext ist wie folgt zu ergänzen:

§ 2a neu – Baumschutz

1. Die Vertragspartner bekennen sich zur Erhaltung, dem Schutz und der Erweiterung von stadtbildprägenden Straßenbäumen (insbesondere Alleen) und zur Gewährleistung der öffentlichen Versorgung.
2. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die EWP im Falle der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit (Kosten-Nutzen-Verhältnis) berechtigt, ihre Versorgungsleitungen einschließlich dazugehöriger Steuer- und Sicherungskabel als auch erforderlicher Stationen und Schaltschränke (nachstehend Versorgungsleitungen genannt) unter Beachtung der jeweils gültigen Regelungen der Technik und der technischen Möglichkeiten innerhalb von bepflanzten Bereichen, insbesondere im Schutzbereich von Bäumen, zu errichten und zu verlegen. Die EWP verpflichtet sich, den Schaden an Bäumen und deren Wurzelwerk bei der Errichtung und Verlegung von Anlagen so gering wie möglich zu halten.
3. Die Stadt ist nach Zustimmung der EWP berechtigt, Bäume im Schutzstreifenbereich von Versorgungsleitungen der EWP zu erhalten und zu pflanzen. Die Stadt verpflichtet sich, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Versorgungsleitungen in Abstimmung mit der EWP zu treffen.

Die EWP wird bei der Planung und Baudurchführung Baumsachverständige hinzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 7

zu 5 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe

Vorlage: 10/SVV/1054

Fraktion DIE LINKE

Auf Bitte der antragstellenden Fraktion **zurückgestellt**.

zu 6 Beirat für Bauvorhaben Goetheschule, Einstein- und Humboldtgymsnasium

Vorlage: 11/SVV/0117

Fraktion FDP

Da es hierzu noch Beratungsbedarf im Ausschuss für Bildung und Sport gibt, wird der Tagesordnungspunkt **zurückgestellt**.

zu 7 Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule

Vorlage: 11/SVV/0483

Fraktion CDU/ANW

Da es hierzu noch Beratungsbedarf im Ausschuss für Bildung und Sport gibt, wird der Tagesordnungspunkt **zurückgestellt**.

zu 8 Rotation in korruptionsgefährdeten Verwaltungsbereichen

Vorlage: 11/SVV/0333

Fraktion Die Andere

neue Fassung vom 03.05.2011

mit Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Frau Heigl bringt den Antrag ein und bittet, darüber abzustimmen sowie das Anliegen auf die stadt eigenen Betriebe weiterzutragen.

Herr Exner verweist in seinen anschließenden Ausführungen auf die neue Dienstanweisung zur Korruptionsprävention der Landeshauptstadt Potsdam vom 30.03.2011, die gemäß der Festlegung im Hauptausschuss vom 25. Mai 2011 allen Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde. Deshalb sehe er den Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt; allein der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stehe noch zur Disposition.

Dieser Auffassung schließt sich Herr Schüler an und verweist auf die Auflistung der korruptionsgefährdeten Bereiche. Wenn die Verwaltung zusichere, dass diese Liste fortgeschrieben werde, könne er den Ergänzungsantrag seiner Fraktion als erledigt erklären. **Dies sagt Frau Rademacher zu; der Oberbürgermeister legt als Termin für die Vorlage der Liste den September 2012 fest.**

Frau Heigl weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktion Die Andere über die Dienstanweisung hinausgehe. Darauf Bezug nehmend erklärt Frau Rademacher, dass die genannte Dienstanweisung mit Transparency International erarbeitet wurde und weitere Instrumente als nur die Rotation enthalte. Dazu gebe es derzeit im Geschäftsbereich 3 ein Pilotamt, das entsprechende Checklisten ausfülle. Nach 3 – 5 Jahren werde man zu einem arbeitsbezogenen Atlas kommen. Darüber hinaus gelte die Dienstanweisung auch für die Eigenbetriebe.

Frau Bankwitz betont, dass die Dienstanweisung nur das eine sei; sie fragt nach, ob es möglich sei, einen Umsetzungsbericht zu geben und ob die Rotation jetzt schon gelte. Auf den Hinweis des Oberbürgermeisters, dass dem oftmals

arbeitsrechtliche Belange entgegenstehen und eine Rotation nicht in den Arbeitsplatzbeschreibungen enthalten sei, verweist Frau Bankwitz darauf, dass sich bei langjährigen Mitarbeitern eine gewisse Routine einschleiche, der zu begegnen sei. Eine Berichterstattung sollte noch vor Dezember 2012 erfolgen. Dem schließt sich Herr Schüler an und betont, dass diese Berichterstattung aber nichts mit dem Antrag zu tun habe.

Nach **Zusage des Oberbürgermeisters, über das Anliegen im März 2012 im Hauptausschuss zu berichten** und dabei auch zu berücksichtigen, inwieweit in den korruptionsgefährdeten Bereichen bereits Maßnahmen umgesetzt werden konnten, erklärt Frau Heigl namens der Antragstellerin die DS für **erledigt**.

zu 9 **Korruptionsbekämpfung**
Vorlage: 09/SVV/0603
Fraktion FDP/ (Familien-Partei)

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass es in diesem Antrag darum gehe, dass das Rechnungsprüfungsamt personell verstärkt werde, um neben den zusätzlichen Aufgaben bezüglich der Korruptionsbekämpfung auch dem Prüfaufkommen in gewohnter Qualität nachkommen zu können. Er berichtet, dass zwei dauerhafte Stellen geschaffen werden, die im Stellenplan 2012 Berücksichtigung finden. Gesichert sei ebenfalls eine ausreichende finanzielle Ausstattung zur Wahrnehmung der Aufgaben. Bezüglich des letzten Punktes des Antragstextes, Firmen, die an Korruptionsfällen aktiv beteiligt waren oder sind, nach Maßgabe der rechtlichen Bestimmungen konsequent von Ausschreibungsverfahren auszuschließen, verweist Herr Exner auf entsprechend klare Vorgaben.

Frau Engel-Fürstberger nimmt Bezug auf die Einbringung des Antrags im Juni 2009, so dass sich die Anliegen mittlerweile erledigt hätten. Davon ausgenommen sehe sie den genannten letzten Punkt und fordert, dieses Anliegen verbindlich zu gestalten. Herr Exner betont, dass die Stadt nur das machen könne, was das Vergaberecht zulasse. Hierzu gebe es klare Regelungen, dass Firmen, die an Korruption beteiligt waren, von Vergaben ausgeschlossen werden.

Der Oberbürgermeister betont, dass sich die Verwaltung natürlich an diese Forderung halte und schlägt die Formulierung vor, dass, sofern keine vergaberechtlichen Regelungen dem entgegenstehen, solche Firmen, wo die Stadt Kenntnis von Korruption habe, vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Damit erklärt sich Frau Engel-Fürstberger einverstanden und den Antrag für **erledigt**.

zu 10 **Kreditaufnahme der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Haushaltssatzung 2010**
Vorlage: 11/SVV/0557
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner bringt die Vorlage ein. Frau Bankwitz verweist darauf, dass die Mehreinnahmen der EWP höher als erwartet ausgefallen seien und fragt, ob das Geld auf dem Kapitalmarkt bleiben müsse oder der Stadt zugute kommen können. Herr Exner verweist auf haushaltsrechtliche Bestimmungen, die dem entgegenstehen, denn das Geld würde im Ergebnishaushalt „landen“ und könnte

nicht dem Investitionshaushalt zugeführt werden.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Aufnahme eines Kredites in Höhe von 407.700 EUR zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen gemäß Haushaltssatzung 2010 wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

- Annuitätendarlehen mit anfänglicher Tilgung von 2% p.a.
- maximale Zinsbindung 20 Jahre
- maximaler Zinssatz 4,0% p.a.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 5

zu 11 EWP

zu 11.1 Tiefenprüfung EWP

Vorlage: 11/SVV/0454

Fraktion CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass mit der Beauftragung der Kanzlei „Frings“ diese Tiefenprüfung erfolge und demnächst ein Zwischenbericht im Aufsichtsrat und Hauptausschuss vorgelegt werde. Dabei gehe es zum einen um die „Dinge“, die bereits durch die Kanzlei „Erbe“ geprüft worden seien und zum anderen um die Vorgänge um Babelsberg 03 usw.. Ein Bericht zum ersten Teil werde in der nächsten Hauptausschusssitzung im nicht öffentlichen Teil vorgelegt.

Gegen die Feststellung, dass damit der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt sei, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 11.2 Vorgänge EWP

Vorlage: 11/SVV/0437

Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP
neue Fassung mit Ea der Fraktion B90/Die Grünen

Herr Schubert erklärt namens der Antragsteller die DS für **erledigt**.

zu 11.3 Umstände der Aufhebungsvereinbarung

Vorlage: 11/SVV/0490

Fraktion FDP

Nachdem der Oberbürgermeister zusagt, den Fraktionen eine diesbezügliche schriftliche Stellungnahme zukommen zu lassen, in der die Umstände der Aufhebungsvereinbarung dargestellt werden, erklärt Frau Engel-Fürstberger die DS für **erledigt**.

Auf die Nachfrage, bis wann das erfolgen wird, entgegnet der Oberbürgermeister, in den nächsten zwei Wochen.

zu 11.4 Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung an der Auswahl der Geschäftsführer in städtischen Beteiligungen

Vorlage: 11/SVV/0491

Fraktion FDP

mit Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90

Frau Engel-Fürstberger bringt den Antrag ein und betont, dass die ausreichende Beteiligung der Stadtverordneten für alle Geschäftsführerpositionen gelten und eine öffentliche Ausschreibung garantiert werden solle. Sie habe dabei auf einen Vorschlag der Verwaltung zu einem klaren Verfahren und der Partizipation der Stadtverordneten gehofft.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE dem Antrag zustimmen werde, zumal das auch schon so „gemacht wurde“ – aber durchaus ausbaufähig sei. Natürlich sei klar, dass die Stadtverordneten zwar beteiligt werden, die Entscheidung jedoch dem Aufsichtsrat oder der Gesellschafterversammlung vorbehalten bleibe. Frau Bankwitz fragt nach, ob das auch für die Tochterunternehmen gelte, denn wenn es nur die direkten Beteiligungen wären, sei das zu kurz gefasst. Der Oberbürgermeister bestätigt, dass das Verfahren dann für alle gelte.

Herr Schüler betont, dass es wichtig sei, ein transparentes Verfahren zu entwickeln und erst auszuschreiben, wenn dieses bekannt sei. Da es bis zum Vorliegen von Ergebnissen aus den Beratungen der Transparenzkommission noch einige Zeit dauern werde, **zieht** er den **Änderungs-/Ergänzungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zurück**.

Bezüglich der Nachfrage von Frau Dr. Müller, bis wann seitens der Verwaltung mit einem Verfahrensvorschlag gerechnet werden könne, sagt der Oberbürgermeister eine entsprechende **Vorlage für eine der Hauptausschusssitzungen im November** zu.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Zur Neubesetzung aller Geschäftsführerposten in städtischen Beteiligungen soll ein transparentes Verfahren entwickelt werden, das die Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung garantiert.

Außerdem ist sicherzustellen, dass unabhängig von weiteren Personalfindungsmaßnahmen eine öffentliche Ausschreibung der Geschäftsführerposten, aus der die Qualifikationsanforderungen an die Bewerber ersichtlich sind, verpflichtend wird.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 11.5 Begrenzung von Geschäftsführergehältern in städtischen Betrieben

Vorlage: 11/SVV/0387

Fraktion Die Andere

Frau Heigl bringt den Antrag ein. In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Dr. Scharfenberg, dass das ein sympathischer Antrag zu einer vielfach geführten Diskussion sei. In diesem Zusammenhang sollte deutlich werde, dass die Veröffentlichung von Geschäftsführergehältern selbstverständlich sei. Er empfehle, einen Vergleich zwischen kommunalen Unternehmen herzustellen und auf dieser Grundlage über den Antrag zu sprechen. Herr Schultheiß verweist auf die Monopolstellung der kommunalen Unternehmen und meint, dass die Geschäftsführergehälter auf freiwilliger Basis begrenzt werden sollten. Dem entgegnet Herr Exner, dass man schon gucken müsse, wo die kommunalen Unternehmen stehen, denn niemand „müsse in das Klinikum gehen oder bei der EWP Strom ziehen“. Außerdem bekomme man nur für ein bestimmtes Geld auch ein bestimmtes Personal und in diesem Zusammenhang seien auch rechtliche Fragen, befristete Dienstverträge u.v.m. zu berücksichtigen. Frau Bankwitz meint, die Qualität der Geschäftsführer am Gehalt festzumachen sei zu kurz „gesprungen“, denn wenn das so wäre, bräuchte man keine „Geheimhaltung“. Sie finde, dass die Verhältnismäßigkeit oftmals nicht gegeben sei und bei den Bewerbern müsse auch ein kommunales Interesse vorhanden sein. Frau Engel-Fürstberger hält die Begrenzung für kein geeignetes Mittel; man brauche die Möglichkeit eines Vergleichs.

Herr Schüler führt aus, dass auch er Sympathie für den Antrag hege und er es kaum für möglich halte, dass so „Unterschiedliches geleistet, wie gezahlt werde“. Er spricht sich auch für einen Vergleich aus und dafür, Relationen zur Verantwortung herzustellen. Er hoffe darauf, dass das in einem transparenten Verfahren der Geschäftsführerauswahl seinen Niederschlag finden werde. Herr Schubert fordert zu einer Versachlichung der Diskussion auf und verweist darauf, dass es ein Benchmark gebe, wo man sich orientieren könne.

Der Oberbürgermeister betont, dass das Gehalt einem Aushandlungsverfahren unterliegen und man die einzelnen Branchen nicht unbedingt miteinander vergleichen könne. Wolle man einen bestimmten Bewerber haben, müsse man auf seine Forderungen auch eingehen. Einen Vergleich durch Fachleute vorbereiten zu lassen, sei kein Problem – ebenso könne nach Abschluss eines Vertrages über die darin enthaltenen Konditionen berichtet werden. Allerdings meine er, dass man mit dem vorliegenden Antrag so nicht weiterkomme, so dass er vorschlägt, in der Dezembersitzung des Hauptausschusses einen Vergleich der Gehälter vorzulegen und zu den Einstellungskonditionen zu berichten.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch. Anschließend wird der Antrag mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien der städtischen Betriebe werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass in den kommunalen Unternehmen keine Arbeitsverträge mehr abgeschlossen werden, durch die Geschäftsführer/innen oder leitende Angestellte höhere Gehälter bzw. Bezüge erhalten als der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	7
Stimmenthaltung:	4

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 11.6 Erweiterung Aufsichtsräte
Vorlage: 11/SVV/0474
Fraktion Die Andere

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass sich die Transparenzkommission mit drei Themen beschäftige, wozu neben dem Sponsoring und den Compliance-Regelungen auch die Steuerung, Unternehmensbeteiligung und die Frage der Aufsichtsräte gehöre. Deshalb schlage er vor, den Antrag zurückzustellen und die Empfehlungen der Transparenzkommission in die zukünftige Besetzung mit einzubauen. Herr Dr. Scharfenberg fordert, möglichst alle Fraktionen an den Aufsichtsräten zu beteiligen.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, den Antrag **zurückzustellen**, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 11.7 Änderung des Gesellschaftervertrages der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 11/SVV/0436
Fraktion FDP

An die Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 11.6 anknüpfend empfiehlt der Oberbürgermeister, auch diesen Antrag **zurückzustellen**.

Auf die Nachfrage von Herrn Schubert, bis wann mit einem Vorschlag der Transparenzkommission zu rechnen sei, erklärt Herr Dr. Wegewitz, dass er diese Frage in die nächste Sitzung mitnehmen werde; sehe das im Moment allerdings eher als politische Entscheidung. Der Oberbürgermeister meint, man solle dies im Kontext mit der zukünftigen Steuerung der Unternehmen behandeln und nicht nur die Frage, wie viele Mitglieder der Aufsichtsrat habe, zu beraten, sondern auch, was diese können müssen. Herr Schüler empfiehlt, die Mitglieder der Transparenzkommission darauf zu drängen, eine Empfehlung in einem überschaubaren Zeitraum zu geben. Herr Dr. Scharfenberg verweist in seinen Ausführungen, dass in der bisherigen Argumentation immer auf „kleine“ Aufsichtsräte abgestellt wurde, was man nun überdenken müsse.

Der Antrag soll in der Hauptausschusssitzung am 07.09.2011 wieder aufgerufen werden. Gleiches wird für die Tagesordnungspunkte 11.8 und 11.9 vereinbart.

zu 11.8 Bestellung von Mitgliedern des Aufsichtsrates der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 11/SVV/0341
Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt (siehe TOP 11.7)

zu 11.9 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der EWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 11/SVV/0501
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

zurückgestellt (siehe TOP 11.7)

zu 11.10 Einführung des Partizipativen Sponsorings in städtischen Unternehmen
Vorlage: 11/SVV/0472
Fraktion Die Andere

zurückgestellt - auf Antrag der Fraktion Die Andere, da sie hierfür ein Rederecht für Herrn Herzberg beantragen will, der das Konzept maßgeblich entwickelt hat, zur heutigen Sitzung jedoch nicht anwesend sein kann.

zu 11.11 Mitgliedschaft städtischer Betriebe bei Transparency International
Vorlage: 11/SVV/0473
Fraktion Die Andere

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters wird auch dieser Antrag bis zum Vorliegen der Compliance-Regelungen **zurückgestellt**.

zu 11.12 Sponsorenleistungen durch die EWP
Vorlage: 11/SVV/0484
Fraktion BürgerBündnis
neue Fassung vom 27.06.2011

Der Oberbürgermeister schlägt vor, auch diesen Antrag zurückzustellen, bis entsprechende Regelungen der Transparenzkommission vorliegen. Frau Bankwitz spricht sich dagegen aus, denn der Antrag könne jetzt schon abgestimmt werden, weil es sich um städtische Beteiligungen handle und seit mehreren Jahren ein Thema sei. Herr Schüler verweist darauf, dass sich die Transparenzkommission mit dieser Thematik befasse, er aber trotzdem keinen Hinderungsgrund sehe, über den vorliegenden Antrag heute zu befinden. Herr Schröder führt aus, dass auch er für eine Offenlegung plädiere, aber nur soweit sie auch zulässig ist. Wenn Klauseln in den Verträgen dem entgegenstehen, dann eben soweit dies möglich ist. Er schlägt deshalb vor, den

Punkt 1 wie folgt zu ergänzen:

... dargestellt, **soweit vertragliche Regelungen oder gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen.**

Herr Dr.- Scharfenberg spricht sich für eine Beschlussfassung als vertrauensbildende Maßnahme aus. Herr Schubert verweist darauf, dass die Stadt Neuruppin aus den gemachten Erfahrungen heraus weit über diese Regelungen hinausgehe. Herr Exner betont, dass die Stadt nicht gegen vertragliche Regelungen verstoßen und sich nur im zulässigen Rahmen bewegen dürfe. Frau Bankwitz meint, dass der, der Geld wolle, auch die Bedingungen dafür akzeptieren müsse. Frau Engel-Fürstberger schlägt vor, die Vertragspartner zu fragen, wenn vertragliche Regelungen dem entgegenstehen. Deshalb solle der Punkt 1 um einen weiteren Satz mit folgendem Wortlaut ergänzt werden:

Stehen vertragliche Vereinbarungen gegen eine Veröffentlichung einer Sponsoringleistung, soll der Vertragspartner um Einvernehmen zur Veröffentlichung gebeten werden.

Da im Punkt 1 des 2. Teils des Beschlusstextes die August-Sitzung der StVV enthalten ist, einigt sich der Hauptausschuss auf Vorschlag des Oberbürgermeisters auf die:

Novembersitzung 2011

Die vorgetragenen Änderungen werden von Frau Bankwitz übernommen und der so ergänzte und geänderte Beschlusstext zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister bzw. der zuständige Beigeordnete wird in seiner Funktion als Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam beauftragt, als Gesellschafter der Stadtwerke Potsdam GmbH, folgenden Gesellschafterbeschluss zu fassen:

„Die Geschäftsführung der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) wird angewiesen, als Vertreter des Gesellschafters der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Die EWP erteilt Auskunft über die Sponsorenleistungen, Spenden und die Gewährung von geldwerten Vorteilen jeder Art (zum Beispiel in Form von kostenloser oder vergünstigter Abgabe von Energie und Wasser) der letzten fünf Jahre in tabellarischer Form. In dieser Tabelle werden die geleisteten Beträge, die Empfänger und der Verwendungszweck dargestellt, **soweit vertragliche Regelungen oder gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen. Stehen vertragliche Vereinbarungen gegen eine Veröffentlichung einer Sponsoringleistung, soll der Vertragspartner um Einvernehmen zur Veröffentlichung gebeten werden.**
2. Die EWP stellt diese Informationen ab dem Geschäftsjahr 2010 unaufgefordert zusammen mit der Vorlage des Jahresabschlusses der SWP zur Verfügung.

Die Geschäftsführung der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) wird ferner angewiesen:

1. Die Geschäftsführung der SWP wird diese Informationen den Stadtverordneten in der **Novembersitzung 2011** vorlegen.
2. Ab dem 16. Beteiligungsbericht der SWP (für das Jahr 2010) werden die Sponsorenleistungen und Spenden sowie die Gewährung geldwerter Vorteile jeder Art sämtlicher städtischer Beteiligungen in diesen Berichten veröffentlicht.
3. In dem Vertrag über die Prüfung des Konzernabschlusses der SWP ab dem Jahr 2011 wird der jeweilige Wirtschaftsprüfer in Erweiterung des Prüfungsauftrages beauftragt, die vorstehenden Angaben zu prüfen und hierüber im Prüfungsbericht zu berichten.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 11.13 Bürgerbeteiligung an der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)

Vorlage: 11/SVV/0492

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

neue Fassung

Auch hierzu wird vorgeschlagen, den Antrag bis zur Verständigung in der Transparenzkommission **zurückzustellen**. Den Hinweis von Herrn Dr. Scharfenberg, das Anliegen nicht nur auf die EWP zu begrenzen, bittet Herr Schüler bei Behandlung des Antrags zu berücksichtigen.

zu 11.14 Veröffentlichung der Kosten des Stadtwerkefestes

Vorlage: 11/SVV/0493

Fraktion FDP

Frau Engel-Fürstberger bringt den Antrag ein. Gegen die von Herrn Exner vorgeschlagene Änderung, die Darstellung der Kosten auf das letzte Stadtwerkefest zu beziehen, erhebt sich kein Widerspruch, so dass der geänderte Antragstext mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die ~~bereits im nicht öffentlichen Sitzungsteil des Hauptausschusses dargelegten~~ Kostenkalkulationen für das diesjährige Stadtwerkefest **in der Hauptausschusssitzung am 07. September 2011** öffentlich zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 11.15 Sportförderkonzept

Vorlage: 11/SVV/0503

Fraktion FDP

Frau Engel-Fürstberger bringt den Antrag ein. In der sich anschließenden Diskussion empfiehlt Herr Schröder den Antragstellern, sich mit dem Stadtsportbund über das Anliegen zu verständigen. Er sehe keine Notwendigkeit, ein neues Sportförderkonzept „zu erfinden“ und meint, dass der Antrag fachlich falsch sei und am Ziel vorbeigehe. Herr Schüler führt aus, dass er die Notwendigkeit sehe, das Sportförderkonzept zu modifizieren, denn wenn sich das Sponsoring verändere, ist davon auszugehen, dass sich auch die Sportförderung verändere. Das könne man aber erst tun, wenn man sich über die Frage des künftigen Sponsorings verständigt habe. Frau Dr. Magdowski verweist darauf, dass es hier nicht um die traditionelle Sportförderung gehe, sondern um die Steuerung des Sponsorings von Firmen für den Sport. Das sei aber nicht Gegenstand einer städtischen Beschlussfassung.

Herr Schubert führt aus, dass man den Punkt 7 des Antrags beschließen könne; alle anderen Punkte würden in die „falsche Richtung“ gehen. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er nicht bereit ist auf dieser Grundlage über dieses Thema zu diskutieren. Im Weiteren hoffe er, dass die Diskussion um das Sponsoring die Unsicherheiten auf diesem Gebiet beende.

Frau Engel-Fürstberger bittet um Rückstellung des Antrags bis zur Beendigung der Diskussion in der Transparenzkommission.

Frau B. Müller beantragt per Geschäftsordnungsantrag, über den vorliegenden Antrag abzustimmen. Dem Geschäftsordnungsantrag wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen **zugestimmt**.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister den Antrag zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zur Sportförderung zu entwickeln. Dabei sind folgende Punkte mit einzubeziehen:

1. Die Förderung muss einen möglichst hohen Effekt für Potsdam haben und sich in die Strategie für Potsdam einreihen. Hierzu sind geeignete Kriterien zu entwickeln.
2. Die Förderung muss die richtigen Anreize setzen (gute Arbeit und überlegende Konzepte müssen sich lohnen).
3. Die Vereine müssen in einen gesunden Wettbewerb um die Förderung treten. Nur die besten Projekte sollen gefördert werden.
4. Es muss klare formale Anforderungen an die Vereine geben, damit das Geld nicht „versandet“.
5. Die Vergabe muss transparent und neutral erfolgen, um Vorteilsnahme und Korruption entgegenzuwirken.
6. Die Summe der Förderung muss finanziell tragbar sein und in Abhängigkeit der Finanzlage der Landeshauptstadt in Summe begrenzt sein
7. Die Vereine brauchen Planungssicherheit.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	11
Stimmenthaltung:	4

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 12 Brauhausberg

zu 12.1 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0388

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 12.2 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges

Vorlage: 11/SVV/0423

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 12.3 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0434
Fraktion FDP

zurückgestellt

zu 13 Anpassung Gesamtbudget Fraktionsfinanzierung
Vorlage: 11/SVV/0438

Fraktionen FDP, CDU/ANW, DIE LINKE
neue Fassung vom 24.05.2011 mit Ergänzungsantrag der Fraktion Die Andere

Herr Schüler führt dazu aus, dass er die Notwendigkeit der Anpassung der Fraktionsfinanzierung sehe, da der ursprüngliche Beschluss die jetzt eingetretene Änderung der Sachlage nicht vorsehe. Allerdings favorisiere er ein anderes Prinzip der Verteilung, was aber im Ergebnis keinen großen Unterschied darstelle. Die Anpassung der Fraktionsfinanzierung führe zu einer Mehrbelastung des Haushalts, was in Kauf zu nehmen sei.

Frau Bankwitz spricht sich für eine Anpassung im Rahmen des vorhandenen Budgets aus, da eine Erhöhung der Mittel den Potsdamern nicht zu vermitteln sei. Deshalb werde ihre Fraktion den Antrag auch ablehnen. Frau Dr. Müller verweist darauf, dass es nicht um eine Erhöhung gehe, sondern um die Sicherung des Status quo für die zu Beginn der Wahlperiode gebildeten Fraktionen.

Herr Exner erläutert, dass es auch um die Frage der Rückwirkung gehe und dass der Haushalt um mehr als 80.000 Euro jährlich zusätzlich belastet werde. Eine rückwirkende Zahlung sei aus rechtlichen Gründen schon nicht möglich, wie in der Stellungnahme des Rechtsamtes dargelegt werde. Frau Engel-Fürstberger führt aus, dass zwei unterschiedliche Zeitpunkte bezüglich der Rückwirkung in Rede stehen und betont, dass es um den Status quo zur Sicherung der Kontinuität der Arbeit in den Fraktionen gehe.

Herr Schubert betont, dass die Fraktion SPD lange um eine Entscheidung gerungen habe, aber im Ergebnis dessen dem Antrag nicht zustimmen werde. Das begründe sich u. a. damit, dass im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2011 Projekten, die weitaus weniger Mittel benötigt hätten, nicht zugestimmt wurde. Nun werde die Fraktion gucken, wie sie mit weniger Finanzen auskomme – maximal könne mit dem kommunalen Haushalt 2012 im Gesamtkontext der Haushaltsdiskussion nach einer Lösung gesucht werden.

Herr Rietz spricht sich nachdrücklich gegen diese Sichtweise aus, denn im Rahmen des Haushalts und auch sonst habe die Stadtverordnetenversammlung immer mehr und immer schwierigere Aufgaben zu lösen. Das zeige sich u. a. in der Arbeit der Transparenzkommission, wofür die Stadtverordneten kein Geld erhalten. Mit einer jetzt scheinbaren Einsparung beschneide sich die Stadtverordnetenversammlung selbst, was er nicht nachvollziehen könne. Schließlich seien die Beträge für Aufwand und Sitzungsgeld seit Jahren konstant, obwohl das Aufgabenfeld immer größer werde. Frau Dr. Müller schließt daran an und betont, dass jede Fraktion ihren eigenen Stil gefunden habe, mit den zur Verfügung gestellten Mitteln umzugehen. Sie könne für ihre Fraktion sagen, dass alle Mittel vertraglich gebunden seien, was aus ihrer Kenntnis bei anderen Fraktionen anders gehandhabt werde. Hinzu komme der seit Beginn der Wahlperiode spürbare „Ruck“ in der inhaltlichen Arbeit der Fraktionen. Frau Bankwitz fordert, dass jede Fraktion im Rahmen der Diskussion eine Meinung vertreten dürfe, ohne gleich die „Keule“ dafür zu bekommen. Sie meine, man könne die Arbeit der Fraktionen nicht ausschließlich am Geld festmachen – auch

die Qualität der Arbeit nicht.

Frau Heigl führt aus, dass die rückwirkende Zahlung ab Beginn der Wahlperiode schwierig auf Grund der Gesetzeslage hinzubekommen sei. Die Frage sei, ob dazu nicht eine verbindliche politische Entscheidung getroffen werden könne, denn den ehemaligen Gruppen seien durch die benachteiligte Behandlung höhere Kosten entstanden.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er die Diskussion bedauere und die Frage der Fraktionsfinanzierung auch eine Frage sei, wie ernst sich die Stadtverordnetenversammlung selbst nehme. Wenn man die Vielzahl der Themen betrachte, mit denen sich die Stadtverordnetenversammlung beschäftige, dann sei ein entsprechender Rückhalt in der Fraktionsgeschäftsführung zwingend. Die vom Oberbürgermeister geforderte Deckungsquelle solle Herr Exner benennen, denn keiner kenne den Haushalt so gut wie er.

Anschließend wird der Änderungsantrag der Fraktion Die Andere zur Abstimmung gestellt und mit 8 Nein-Stimmen, bei 1 Ja-Stimme und 7 Stimmenthaltungen **abgelehnt**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Zur Sicherung der Fraktionsfinanzierung wird der bislang bestehende Sockelbetrag in Höhe von 1.715,00 Euro sowie die Pro-Kopf-Pauschale für Mitglieder in Fraktionen in Höhe von 363,79 Euro festgeschrieben.

Der zur Fraktionsfinanzierung im Haushalt, Konto 5492000, festgesetzte Betrag muss dementsprechend angepasst werden.

Die beiden ersten Absätze ersetzen Punkt 1 des Beschlusses 09/SVV/0053. Eine Deckungsquelle im Haushalt ist zu benennen. Diese Regelung gilt rückwirkend zum Wirksamwerden des Urteils des Verfassungsgerichtes zur Fraktionsmindeststärke.

Eine rückwirkende Zahlung zum Beginn der Wahlperiode an alle nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes entstandenen Fraktionen ist zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	2

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass, bei einer entsprechenden Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung für diesen Antrag im Wege des Nachtragshaushalts die Finanzierung des Mehrbedarfs gesichert werden müsse.

PAUSE von 19:05 – 19:10 Uhr

zu 14 Mitteilungen der Verwaltung

zu 14.1 Zwischenbericht zum Thema 'Bürgerbeteiligungen'

Herr Kümmel verweist auf den im Zuge der Berichterstattung am 27.04.2011 angekündigten Workshop, der nun am 14. September 2011, ab 16:00 Uhr im

Kongresshotel stattfinden werde. Einerseits solle dies eine öffentliche Veranstaltung sein - andererseits gebe es aber auch direkte Einladungen z. B. an die Mitglieder der StVV. Der Oberbürgermeister werde im Rahmen der Veranstaltung Vorschläge für eine integrierte Form der Bürgerbeteiligung vorstellen. Die im Ergebnis der Veranstaltung gegebenen Anregungen werden abgewogen und diskutiert und das Ergebnis der StVV im November 2011 vorgestellt, einschließlich einer genaueren Beschreibung der Aufgaben des Bürgerbüros.

Herr Dr. Scharfenberg äußert sein Unverständnis zu dieser Vorgehensweise und fragt, ob die Stadtverordneten im Vorfeld etwas in die Hand bekommen, um sich damit befassen und dann im Rahmen der Diskussion auch einbringen zu können. Bürgerbeteiligung sei nicht ausschließlich Sache des Oberbürgermeisters, die Stadtverordneten hätten damit auch etwas zu tun. Deshalb schlage er vor, dass sich der Hauptausschuss in seiner nächsten Sitzung mit dem Konzept befasse und dieses inhaltlich diskutiere.

Frau B. Müller verweist darauf, dass an diesem Tag der Ausschuss für Finanzen und der OBR Fahrland beraten; besser wäre, wenn sehr viele das Angebot nutzen könnten.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass sich die Suche nach einem passenden Termin immer schwierig gestalte. Herr Kümmel verweist auf die in der Hauptausschusssitzung am 27.04. getroffene Verabredung, dass die Lenkungsgruppe Bürgerhaushalt das noch einmal thematisiert. Natürlich könne die Verwaltung Vorschläge einbringen – der Oberbürgermeister wolle jedoch kein fertiges Konzept vorlegen, sondern es sollen Ideen diskutiert und dann ausgewertet werden.

Auf die nochmalige Aufforderung von Herrn Dr. Scharfenberg, die Ansätze auch im Hauptausschuss zu diskutieren, entgegnet der Oberbürgermeister, dass er den Vorschlag überdenken, aber nicht von dem Prinzip einer öffentlichen Veranstaltung mit einem öffentlichen Diskussionsprozess abweichen werde.

zu 14.2 Sponsoringbericht der Landeshauptstadt Potsdam 2010

Vorlage: 11/SVV/0414

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner bringt die Vorlage ein und beantwortet die Rückfragen von Frau Dr. Müller. Ihre Bitte, bei Gelegenheit den aktuellen Stand der Spenden zum Uferweg am Griebnitzsee darzustellen, werde mit berücksichtigt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 14.3 Bericht über das Ergebnis der Prüfung bezüglich des beabsichtigten Verkaufs von städtischen Wohnungen in der Waldstadt

Vorlage: 11/SVV/0469

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 14.4 Information über die Umsetzung des Beschlusses 'Belag Sportplatz Westkurve'

gemäß Beschluss: 11/SVV/0444

Frau Dr. Magdowski führt dazu aus, dass Ende August mit dem Verhandlungsergebnis des KIS mit der Wohnungsbaugenossenschaft 1903 über die Zuwegung und die Medienanschlüsse zu rechnen sei. Wenn die Zustimmung vorliege, sei der Baubeginn im Frühjahr 2012 geplant. Auf die Nachfrage von Frau Heigl, wie die Bürgerinitiative einbezogen werde, da diese das Gefühl habe, die Planungen gehen an ihnen vorbei, antwortet Herr Richter. Im Moment gebe es keine Planung; wenn die Zustimmungen vorliegen und die Planung beginne, werde auch die Bürgerinitiative einbezogen.

zu 14.5 Jahresbericht SIKO

zurückgestellt

zu 14.6 Information zum Sachstand Archiv e. V. aus HA 29.06. - soll ein Zwischenbericht sein

Frau Dr. Seemann führt dazu aus, dass die EW-Bau laut Archiv e. V. fertiggestellt sei und dem Fachbereich zur Prüfung übergeben werde. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, wann dieses Thema für einen weiteren Zwischenbericht wieder aufgerufen werden können, sagt Frau Dr. Seemann eine Berichterstattung in 4 Wochen zu.

Auf die Anmerkung von Herrn Dr. Scharfenberg, dass man jetzt schon davon ausgehen können, dass das Geld nicht reiche und seine Frage, ob man diesbezüglich mit einer schnellen Lösung rechnen könne, verweist der Oberbürgermeister auf die Zielstellung, im November eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen.

neu Stadtteilschule

Herr Richter informiert, dass die Baugenehmigungsplanung erstellt sei bzw. in den „Endzügen“ liege. Bis November solle die Auftragserteilung bis zu 80 % erfolgt sein. Die Akteure seien in die Entwicklungsplanung einbezogen worden; weitere Fragen werden in einer Zusammenkunft im Laufe des Monats September besprochen. Offen sei noch die Gestaltung der Fassade an der Giebelseite und 200 – 400 m² der Außenanlage. Vor dem tatsächlichen Baubeginn solle nochmals ein Workshopverfahren im Oktober stattfinden.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf erhebliche Irritationen bei den Beteiligten und fragt, wann die Informationsveranstaltung stattfinden werde und ob diese mit dem Workshop gekoppelt werden könne. Dies, so Herr Richter, mache schon aus zeitlichen Gründen keinen Sinn. Die Informationsveranstaltung solle offen gestaltet und in den nächsten 1- 2 Wochen stattfinden.

neu Denkmalschutz - Brauhausberg

Herr Klipp führt dazu aus, dass die Schwimmhalle derzeit noch nicht auf der Denkmalliste stehe, es aber auch nicht ausgeschlossen sei, dass die Landesdenkmalpflege zu einer ähnlichen Einschätzung wie in Sachsen komme. Sowohl die Schwimmhalle als auch das ehemalige Restaurant „Minsk“ seien 1990 dahingehen überprüft und nicht in die Denkmalliste aufgenommen worden. Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob seitens der Stadt ein entsprechender Antrag gestellt worden sei, ob die Stadt dazu konsultiert wurde und wie die Stadt mit einer entsprechenden Stellungnahme umgehe. Ebenso fragt Herr Schubert nach der Position der Stadt in diesem Verfahren. Herr Klipp betont, dass eine

Konsultation nicht erfolge und die Stadt ab und zu auch von den Einschätzungen des Landeskonservators überrascht werde, wie z. B. mit dem Gebäude auf dem Gelände des Luftschiffhafens. Er persönlich und seine Denkmalpflege gehen davon aus, dass beide Gebäude denkmalpflegerisch nicht relevant seien. Frau Bankwitz verweist darauf, dass sich die Situation gegenüber 1990 geändert habe, ebenso die Betrachtungsweise. Das sollte mit den vorliegenden Anträgen aus der Stadtverordnetenversammlung sachlich diskutiert werden.

Herr Klipp erklärt, dass das für die Denkmalbehörde völlig egal sei, weil sie den Denkmalwert nach bestimmten Kriterien beurteile.

Im Weiteren führt Herr Dr. Scharfenberg aus, dass er die „Beschneidung“ der Bürgerinitiative für nicht sachdienlich halte. Man könne unterschiedlicher Auffassung sein, aber die Bürgerinitiative vom Workshop auszuschließen, funktioniere nicht, denn schließlich gehe es um Inhalte und wichtige öffentliche Themen. Er erwarte, dass die Einbeziehung der Bürgerinitiative als Selbstverständlichkeit angesehen werde.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass keiner vom Bürgerbeteiligungsverfahren ausgeschlossen werde, die Bürgerinitiative aber auch keine privilegierte Rolle spiele. Zum Auftreten der Bürgerinitiative sei anzumerken, dass diese unwahre Behauptungen aufstelle und sie die Forderung, diese wieder zurückzunehmen, überhaupt nicht interessiere. Deshalb bleibe in bestimmten Situationen nichts anderes übrig, als rechtlich dagegen vorzugehen und deshalb habe Herr Klipp seine volle Unterstützung bezüglich des Klageverfahrens. Herr Klipp ergänzt die Ausführungen und betont, dass es sich hier um ein persönliches Gesprächsangebot seinerseits an die Bürgerinitiative „Mitteschön“ gehandelt habe und er selbst bestimme, wem er persönliche Gesprächsangebote unterbreite. Auch für Bürger, die sich in Bürgerinitiativen organisieren, gebe es keine rechtsfreien Räume und das habe er deutlich gemacht.

zu 15 Sonstiges

Bezüglich der Frage von Frau Engel-Fürstberger zu den Spielgeräten auf dem Teil des „gelben Fahrradweges“ in der Hegelallee, bittet der Oberbürgermeister um eine bilaterale Klärung mit Herrn Klipp.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob bezüglich des Uferweges in der Speicherstadt eine Vorlage erarbeitet und ob der Weg direkt am Wasser entlang führe bzw. unter welchen Bedingungen er dort entlang geführt werden könne.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung dabei sei, ein Verfahren vorzuschlagen, welches die Diskrepanzen zwischen Workshop und Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aufnehme. Dazu werde es einen Beschlussvorschlag mit entsprechenden Alternativen geben. Dazu müsse man sich verständigen und die Debatte führen.

In einer weiteren Nachfrage verweist Herr Dr. Scharfenberg darauf, dass im Zusammenhang mit der Schließung der Wache in Babelsberg verabredet worden sei, die Bedingungen möglichst so zu gestalten, dass die öffentliche Sicherheit gewährleistet wird. Seinem Vorschlag, den neuen Polizeipräsidenten einzuladen und die diesbezüglichen Vorstellungen zu diskutieren, stimmt der Oberbürgermeister zu und schlägt seinerseits vor, auch den Polizeidirektor einzuladen.